

Bürgermeisterin Franziska Schwarz

Statement im Rat zur Zusammenarbeit und zum Umgang miteinander

Sehr geehrte Ratskolleginnen und -kollegen,

in den letzten Wochen habe ich von Seiten der CDU-Fraktionsmitglieder Timo Dröge und Hendrik Geske vermehrt Anschuldigungen und unsachliche Behauptungen gegenüber der Verwaltung und insbesondere mir gegenüber in schriftlicher Form erhalten. Manche dieser Äußerungen haben sich in einem öffentlichen Internet-Blog wiedergefunden.

Ich zitiere Herrn Dröge:

„...Straftatbestand d. Nötigung, mögliche Veruntreuung v. Steuergeldern u. versuchte Körperverletz.“

„...antidemokratische Gesinnung...“

„...sich wiederholende Verletzungen der Rechte von Ratsmitgliedern...“

„...wahrheitswidrig behauptet“, dass seitens des Rates die Pflicht zur Verschwiegenheit verletzt wurde

„...Veruntreuung von Steuergeldern...“

„... Ratssitzung zum wiederholten Male verschleppt...“

„...destruktive Grundeinstellung der Verwaltungsspitze...“

„...demokratischen Rechte des Stadtrates weiter zu beschneiden...“

„...dass Sie etwas verschleiern wollen...“

Ich zitiere Herrn Geske:

„...Veruntreuung öffentlichen Eigentums und Steuergeldern“

„...von Ratsmehrheit ~~nicht~~ gedeckter Abenteuerflug in die Immobilienwirtschaft...“

„...rechtswidriges Taktieren...“

„...Verzögerungstaktik oder Geheimhaltungsmanöver...“

„...Recht gebrochen...“

„...rein politisch motivierte Verzögerung...“

Diese Formulierungen unterstellen vor allem, dass die Bürgermeisterin dieser Stadt rechtswidrig handelt. Meine Damen und Herren, ich weise hiermit in aller Klarheit diese Unterstellungen zurück! Die Behauptungen, hier sei von Seiten der Verwaltung oder der Bürgermeisterin das Recht gebrochen worden, ist an keiner Stelle haltbar. Vielmehr beschädigen diese Behauptungen den Ruf der Verwaltung und den Ruf der Stadt. Sie greifen eine demokratisch gewählte Bürgermeisterin in

unlauterer Weise an und tragen nicht nur Unfrieden in den Rat, sondern beschädigen damit auch ein Stück unserer kommunalen Demokratie und Selbstverwaltung.

Als Bürgermeisterin halte ich mich an Recht und Gesetz. Meine Aufgabe ist es, die Interessen dieser Stadt zu vertreten, und zwar auch dann, wenn dies nicht im Interesse einzelner Ratsmitglieder oder Fraktionen sein sollte.

Ich halte mich auch an die üblichen Umgangsformen, die von Respekt und Höflichkeit gegenüber Andersdenkenden geprägt sein sollten.

Allerdings gebe ich zu, dass es mir angesichts der zitierten Anschuldigungen und Herabsetzungen mitunter schwerfällt, ruhig zu bleiben und angemessen zu antworten. Diese Behauptungen sind verletzend. Sie verfolgen ausschließlich das sehr durchsichtige Ziel, die gewählte Bürgermeisterin zu diskreditieren und persönlich zu beschädigen.

Ich verhehle nicht, dass mich die fortgesetzten Beschuldigungen, ich würde das Recht verletzen, sehr belasten. Vielleicht wissen Sie, dass eine derart fortgesetzte Methode des Herabwürdigens auch krank machen kann, übrigens auch Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung.

Vielleicht wissen Sie, dass vor allem Rechtspopulisten dieses Mittel nutzen, um demokratisch gewählte Amtsinhaber aus dem Amt zu mobben. Manche waren damit bereits erfolgreich. Ich denke, dass damit nicht nur Persönlichkeiten angegriffen werden sollen, sondern auch unsere Demokratie.

Bundespräsident Steinmeier hat kürzlich in einer Diskussion zur Situation von Kommunalpolitikern den verbreiteten Hass in unserer Gesellschaft thematisiert: „Das Spektrum dabei ist denkbar weit. Es reicht von Verunglimpfungen per E-Mail bis hin zu dem, was eindeutig in die Hände des Verfassungsschutzes gehört. (...) So unterschiedlich die Phänomene im Einzelnen sind, sie gedeihen in demselben gefährlichen Klima, das die Rathäuser und Parlamente genauso wie die Schulhöfe und Internetforen erreicht hat. Ein Klima der Empörung und Enthemmung, ein Klima der Herabsetzung und des Hasses, ein Klima, das wir nicht länger hinnehmen dürfen.“

Meine Damen und Herren, es ist für mich an der Zeit, deutlich zu machen, dass ich es nicht akzeptiere, von zwei Ratsmitgliedern, die im Namen der CDU-Fraktion sprechen, der Rechtsverletzung beschuldigt zu werden. Ich weise diese Anschuldigungen für meine Mitarbeiter und mich entschieden zurück. Und ich hoffe, dass die Ratsmehrheit dies ebenfalls tut.

Ich zitiere noch einmal unsere Bundespräsidenten Frank-Walter Steinmeier: „Wir müssen Zivilität, Anstand und Vernunft zurückgewinnen.“

Mein Ziel ist und bleibt eine gute Entwicklung für Bad Gandersheim. Deshalb bin ich Bürgermeisterin, und ich bin es gern. Ich wünsche mir sehr, dass wir, die demokratischen Kräfte, weiterhin konstruktiv im Rat zusammenarbeiten und respektvoll miteinander umgehen – im Interesse der Demokratie und zum Wohle der Stadt.